

Gem.-Rat Schmid ist der Meinung, daß der Protest sehr scharf gehalten werden müsse. Man müsse darauf bedacht sein, daß nicht die Bevölkerung der Gemeinde irgend einen Vorwurf machen könne. Er sei mit der Meinung des Gem.-Rates Neumann, daß zwischen den Wiener und den ungarischen Höchstpreisen eine gewisse Relation bestehen solle, nicht einverstanden, die Wiener Gemeindevertretung dürfe nicht den Anstoß zur Erhöhung der Höchstpreise geben; die Gemeinde solle die Forderung eines Einheitshöchstpreises für die ganze Monarchie verlangen.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn meint, die Resolution solle verlangen, daß die Regierung ihren Einfluß in Ungarn dahin geltend mache, daß dort eine Änderung der Höchstpreise durchgeführt werde; wenn dies nicht geschehe, sei zu befürchten, daß kein Mehl nach Wien komme, es müßten denn die Preise für Wien erhöht werden, was jedoch nicht im Interesse der Stadt gelegen sei.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß es im Hinblick auf die letzte schlechte Weizenernte ausgeschlossen sei, aus Budapest Mehl zu bekommen. Wenn sich auch dort Vorräte befänden, so sei doch nicht daran zu denken, daß Mehl zu diesen Höchstpreisen nach Wien kommen könne. Wenn man Mehl von Budapest haben wollte, müßte im Preise die Fracht, das Sackgeld etc. inbegriffen sein, da würde sich das Kilogramm Mehl auf 73 bis 74 h stellen. Auf den Handel des Mehles ab Wien würde sich kein Budapester Müller einlassen. Ein Einvernehmen mit Ungarn halte er für ausgeschlossen, die ganze Sorge in dieser Angelegenheit müsse der Regierung aufgebürdet werden.

Eine von der Konferenz beschlossene Resolution würde konfisziert werden; er frage an, ob es nicht möglich wäre, diese Angelegenheit in einer öffentlichen Gemeinderats-Sitzung zur Sprache zu bringen; eine solche öffentliche Kundgebung halte er für sehr bedeutungsvoll.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, hierfür keine Verantwortung übernehmen zu können, er wolle die Autonomie der Gemeinde wahren und diese sei durch eine derartige Kundgebung aufs äußerste gefährdet.

Vize-Bürgermeister Hoß macht den Vorschlag, die geplante Resolution durch eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister und den Klubobmännern, dem Ministerpräsidenten zu überreichen.

Gem.-Rat Steiner schließt sich der Ansicht des Vize-Bürgermeisters Hoß an.

Gem.-Rat Neumann stellt fest, daß von der sozialdemokratischen Partei durchaus nicht etwas gewünscht werde, was die Autonomie der Gemeinde gefährden würde. Bestehe die Meinung, daß durch eine öffentliche Beratung des Gegenstandes im Gemeinderate die Autonomie der Gemeinde gefährdet werde, so werde der Antrag auf Abhaltung einer öffentlichen Gemeinderats-Sitzung zurückgezogen; er sei im übrigen damit einverstanden, daß durch die genannte Deputation die Resolution dem Ministerpräsidenten überreicht werde.

Der Bürgermeister bringt hierauf den nachfolgenden Wortlaut der Resolution zur Verlesung.

„Die schweren Besorgnisse, welche der Wiener Stadtrat und die aus Vertretern sämtlicher Gemeinderatsparteien bestehende Obmännerkonferenz über die von der k. k. Regierung verordnete Art der Bestimmung der Höchstpreise für Getreide und Mehl geäußert haben, werden durch die tatsächlichen Wirkungen dieser

Berordnung noch übertroffen. Die Höchstpreise, die eine Verbilligung oder doch wenigstens eine Erleichterung und Sicherung des Getreidebezuges bewirken sollten, sind geradezu ein unüberwindliches Hemmnis der Getreide- und Mehlaufuhr nach Wien geworden. Die Folgen dieses Zustandes sind unabsehbare und es macht sich jetzt schon in weiten Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Mißstimmung und Erregung geltend.

Die Wiener Gemeindevertretung erachtet es daher als ihre Pflicht, auf das nachdrücklichste und dringendste zu fordern, daß die k. k. Regierung ehestens geeignete Maßnahmen treffe, um wieder einen entsprechenden Verkehr in Getreide und Mehlprodukten zu ermöglichen und dadurch die ausreichende Mehlversorgung Wiens zu erträglichen Preisen zu sichern. Zu diesem Zwecke erneuert die Wiener Gemeindeverwaltung ihre bereits am 3. Dezember 1915 erhobene Forderung nach einheitlichen Höchstpreisen für die gesamte Monarchie.“

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller meint, man solle diese Resolution nicht bloß dem Ministerpräsidenten, sondern auch der Militärverwaltung, dem Kriegsministerium und dem Armeekorps-Oberkommando überreichen.

Die Obmännerkonferenz erklärt sich mit dem Wortlaute der Resolution, sowie mit der Überreichung derselben beim Ministerpräsidenten durch eine Deputation einverstanden.

Der Bürgermeister richtet an den Markt-Direktor Bauer die Anfrage, ob er es für zweckmäßig halte, jetzt Höchstpreise für den Detailhandel zu verlangen.

Markt-Direktor Bauer meint, man solle daran erst schreiben, wenn die Situation im Großhandel geklärt sei.

Gem.-Rat Leitner schließt sich der Ansicht des Markt-Direktors Bauer an.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß der Konsumverein „Vorwärts“ im XX. Bezirke beanständet worden sei, da er ein Kilogramm Schweinesett um den Preis von 2 K 35 h verkaufte. Das Fett sei um 2 K 32 h angekauft worden. Beim Mehlverkauf habe der Konsumverein „Vorwärts“ Verluste erlitten, die nach zehntausenden von Kronen gehen. Der Verein mußte billiger verkaufen als er einkaufte. Würden nun noch die Detailhöchstpreise kommen, dann könnte der Verein seine Mitglieder überhaupt nicht mehr mit Mehl versorgen.

Markt-Direktor Bauer erklärt, daß bezüglich dieses Falles eine Anzeige nicht eingelangt sei; es sei dies auch nicht recht möglich, da vor zirka acht Tagen der höchste Preis des Schmalzes 2 K 16 h bis 2 K 50 h betrug.

Die Konferenz beschließt einmütig, bis auf weiteres von dem Verlangen nach Festsetzung von Höchstpreisen für den Detailhandel abzusehen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß eine Deputation der Obmännerkonferenz dem Ministerpräsidenten am 30. September 1914 eine Petition um Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffel überreicht und der Stadtrat in seiner Sitzung vom 29. Oktober 1914 eine Resolution beschloß, in welcher Höchstpreise für Getreide, Mehl und Kartoffel gefordert wurden. Er frage den Markt-Direktor, wie die Kartoffelverhältnisse stünden, und ob das Verlangen nach Höchstpreisen wiederholt werden sollte.

Markt-Direktor Bauer führt aus, daß die Zufuhr auf den Märkten nicht schlechter geworden sei. Viele Konsumenten haben sich direkt mit Kartoffel versorgt, auch sei der Preis ein nicht